

Zugestellt durch post.at



# der rote Trichter

2019

**Was bedeutet der Klimawandel für die Zukunft im Mondseeland?**

**AK-Wahl 2019**

**Bürgermeister für Europa**

**SPÖ Bauern fordern Gerechtigkeit**

**Schloss Mondsee - KVZ**

**... Diskussion über einer möglichen Fusion der Vier Mondseelandgemeinden.**

Aquarell - Wolfgang Biedl

# „AK-Wahl 2019: Ihre Stimme ist wichtig“



Von 19. März bis 1. April 2019 sind die oberösterreichischen ArbeitnehmerInnen wieder aufgerufen, mit ihrer Stimme ihre Interessenvertretung zu stärken. Die AK Oberösterreich ist unabhängig von der Regierung und nur für die Beschäftigten da. Nur die Mitglieder alleine bestimmen bei der AK-Wahl ihren Kurs. Die AK ist deshalb so stark, weil sie im ganzen Bundesland 650.000 Mitglieder vertritt.

Interview mit AK-Präsident  
Dr. Johann Kalliauer

## Worum geht es bei der AK-Wahl?

Die kommende AK-Wahl ist die wichtigste seit langem: Einflussreiche Kräfte, vor allem in der Industrie, wollen die Mitbestimmungsrechte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer massiv zurückdrängen. Mit der schwarz-blauen Bundesregierung sehen sie ihre Stunde gekommen. Die Regierung hat bereits gezeigt, dass sie nicht viel von den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern hält: Sie hat massive Verschlechterungen bei der Arbeitszeit, der Altersteilzeit, und der Mindestsicherung beschlossen und die Selbstverwaltung der Arbeitnehmer in den Krankenkassen eiskalt beseitigt. Die Arbeiterkammer als laute und durchsetzungsstarke Stimme der Arbeitnehmer steht dieser Politik massiv im Weg. Regierung und Industrie wollen sie daher entscheidend schwächen, manche sogar beseitigen. Wir lassen uns aber nicht mundtot machen. Jede Stimme bei der AK-Wahl ist daher wichtig.

## Warum soll man die Sozialdemokratischen GewerkschafterInnen wählen?

Die Mitglieder bringen der AK Oberösterreich höchstes Vertrauen entgegen und bewerten unsere Leistungen mit Bestnoten. Das ist der Mehrheit in der AK, den Sozialdemokratischen Gewerkschaftern, zu verdanken. Diese Leistungen können wir aber nur aufrechterhalten und ausbauen, wenn die FSG-Mehrheit verhindern kann, dass der Arbeiterkammer ihre finanzielle Grundlage entzogen wird. Und nur diese Mehrheit kann sicherstellen, dass die AK als unbestechliche Stimme der Arbeitnehmer erhalten bleibt und dem Abbau von Arbeitnehmerrechten und Sozialstaat etwas entgegensetzen kann.



## Wollen das nicht die anderen Fraktionen auch?

Von der schwarzen ÖAAB-Fraktion und den Freiheitlichen Arbeitnehmern in der AK ist dabei keine Unterstützung zu erwarten. Im Gegenteil: Der Bundesobmann des ÖAAB, der Oberöreicher August Wöginger, ist Klubobmann der ÖVP im Nationalrat und trägt sämtliche Gesetze mit, die auf die Entmachtung der Arbeitnehmer abzielen. Die Enteignung der Arbeitnehmer in den Sozialversicherungen trägt sogar seine Handschrift. Vereinzelt gibt es im ÖAAB zwar Kritiker des arbeitnehmerfeindlichen Kurses in der eigenen Partei, einige sind aber aus Protest aus der Partei ausgetreten.

## Und die Freiheitlichen Arbeitnehmer?

Auch sie verteidigen in der Vollversammlung der AK Oberösterreich jeden Angriff der Bundesregierung auf Arbeitnehmerinteressen und sprechen sich als einzige Fraktion sogar für eine Kürzung der AK-Mittel aus, obwohl sie dem Wohl der Arbeiterkammer und ihrer Mitglieder verpflichtet sind. Dass die AK dann ihre Leistungen für die Mitglieder einschränken müsste, nehmen sie einfach in Kauf.

## Die Arbeiterkammer wirbt mit dem Slogan „Arbeitnehmer verdienen mehr Respekt“. Wie ist das gemeint?

Wir erleben täglich, dass Beschäftigte am Arbeitsplatz respektlos behandelt werden. Dass ihnen nicht bezahlt wird, was ihnen zusteht. Dass sie massiven Belastungen ausgesetzt sind. Dass sie gekündigt werden, wenn sie krank sind. Auch die Politik sieht die Menschen oft nur als Kostenfaktor – vor allem Ältere, Kranke oder Arbeitslose. Die werden dann als Minderleister oder Sozialschmarotzer diffamiert, denen Leistungen gekürzt werden sollen. Wir halten dem entgegen: Ohne Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer würde weder in der Wirtschaft noch in der Gesellschaft etwas gehen. Deshalb verdienen sie mehr Respekt, Einkommen, von denen man leben kann, und soziale Absicherung in Notlagen.

## Was brennt den Beschäftigten noch unter den Nägeln? Worum möchten Sie sich noch kümmern?

Beschäftigte haben viele Sorgen: Bleibt mein Job erhalten oder wird er vielleicht bald von einem Roboter gemacht? Verdene ich auch in Zukunft genug, um die Miete zahlen zu können? Bekomme ich einmal eine ordentliche Pension? Wie bringe ich meine Familie durch, wenn ich einmal krank oder längere Zeit arbeitslos bin? Werde ich das Tempo und den Druck in der Arbeit bis zur Pension durchstehen? Das sind alles Fragen, bei denen wir als AK die Menschen nicht alleine lassen werden.



OBERÖSTERREICH 19.3. BIS 1.4.



 **Hannes Heide**  
26. Mai 2019

MEHR OBERÖSTERREICH IN BRÜSSEL - EINE VORZUGSSTIMME FÜR HANNES HEIDE

# Unser Bürgermeister für Europa!

Am 26. Mai 2019 finden in Österreich die Wahlen zum Europäischen Parlament statt. Ich werde bei dieser Wahl auf dem fünften Listenplatz der SPÖ kandidieren. Als Bürgermeister von Bad Ischl bin ich nah bei den Bürgerinnen und Bürgern und bekomme direkt vermittelt, wenn jemandem etwas nicht passt. Ich habe aber immer auch mit größtem Interesse die Entwicklung des Projekts Europa mitverfolgt und bedaure den Imageverlust.

## MITEINANDER STATT GEGENEINANDER!

Meine Vision für Europa heißt miteinander statt gegeneinander. Nur gemeinsam sind die großen Probleme lösbar – sei es das Flüchtlingsthema, sei es ein soziales Europa, ein Europa der Steuergerechtigkeit oder eines, dass jungen Menschen Chancen bietet.

## EUROPA FÜR ALLE!

Oft hat man das Gefühl, die europäische Politik habe sich teilweise von den Menschen entfernt. Europa scheint nur mehr eines für Konzerne zu sein und nicht mehr eines der Chancen und Möglichkeiten für alle!

## EUROPA MUSS WIEDER SPÜRBAR WERDEN!

Deshalb will ich mich engagieren und dafür einsetzen, dass Europa wieder spürbar wird – auch oder besonders bei den Menschen in den Regionen unseres Landes. Gerade dort ist die Skepsis an der europäischen Idee auch am größten.

## CHANCEN UNSERER REGIONEN WEITERENTWICKELN!

Ich sehe meine Kandidatur als Chance für unsere Regionen, egal wie groß sie sind, etwas bewirken zu können: Es bietet sich dadurch die Möglichkeit, im Bereich der Förderungen und Programme, viele Projekte und Vorhaben zu initiieren und umzusetzen.

Als Bürgermeister aus dem Salzkammergut kann ich immer wieder feststellen, wie beachtlich viele finanzielle Mittel aus dem EU-Programm LEADER in unsere Region geflossen sind und welche tollen innovativen Ideen auf diese Art und Weise umgesetzt werden konnten.

Es ist mir daher auch ein Anliegen, aus weiteren Förderprogrammen Mittel lukrieren zu können und damit unsere Gemeinden in Oberösterreich weiterzuentwickeln.

Ich bitte um eure Unterstützung und eure Vorzugsstimme! Für mehr Oberösterreich in Brüssel!

Euer Bürgermeister für Europa  
Hannes Heide

## Info

### HANNES HEIDE

seit 22. 11. 2007 Bürgermeister der Stadt Bad Ischl  
Bürgermeisterdirektwahl  
2009: 74,1 % · 2015: 71,3 %  
Kulturstadtrat von 2003 bis 2007

Mitarbeiter Salzkammergutzeitung  
Obmann Kulturverein der Keller (seit 1985)  
PR Berater  
Touneemanagement für Hubert von Goisern und viele andere Künstlerinnen und Künstler  
Geschäftsführer Kulturplattform Bad Ischl (1994 – 2003)

In einer Lebensgemeinschaft,  
ein vierjähriger Sohn

Mein Motto: Höre nie auf anzufangen,  
fange nie an aufzuhören!

# Schloss Mondsee - Kultur und Veranstaltungszentrum (KVZ)

Das Kultur und Veranstaltungszentrum Schloss Mondsee war in den vergangenen Jahren immer wieder ein Thema in den Gemeindestuben der Mondseeland – Gemeinden. Immer wieder gab es Fragen, Vermutungen und Gerüchte über den Verlauf der geschäftlichen Aktivitäten der GmbH. Für die SPÖ war klar, dass auch die Geschäftstätigkeiten des KVZ, so wie alle Gemeindeaktivitäten, einer Überprüfung unterzogen werden sollen. Eine Überprüfung im Prüfungsausschuss erscheint dabei allerdings schwierig. Müssten sich doch alle 4 Prüfungsausschüsse der Gemeinden damit befassen. Im GmbH Gesetz ist jedoch mit dem Organ eines Aufsichtsrates eine wesentlich bessere Möglichkeit gegeben, die Geschäftstätigkeiten, sowie die strategischen Ziele für die Gemeinden zu überwachen. Auch der Gesellschaftsvertrag der KVZ GmbH gibt diese Möglichkeit vor. So wurde von uns gemeinsam mit anderen Fraktionen des Mondseelandes eine Entsendung der Gemeinden in den Aufsichtsrat der KVZ beantragt. Beschlossen wurde nun, dass jede Gemeinde entsprechend ihrer Einlage in den Aufsichtsrat des KVZ entsendet.

Aufsichtsräte KVZ

- Für Mondsee: 4 Aufsichtsräte
- Für Tiefgraben: 2 Aufsichtsräte
- Für St. Lorenz: 1 Aufsichtsrat
- Für Innerschwand: 1 Aufsichtsrat

## Konstituierung des KVZ Aufsichtsrates

Am 04. 02. 2019 fand die Konstituierung des Aufsichtsrates statt.

Folgende Mandatare bilden nun den Aufsichtsrat der Schloss – Mondsee Kultur und Veranstaltungszentrum GmbH:

<b>Vorsitzender:</b>	Meidl Karl	Gemeinde Mondsee
<b>Stellv. Vorsitzender:</b>	Maier Johann	Gemeinde Tiefgraben
<b>Stellv. Vorsitzender:</b>	Steinbichler Alexander	Gemeinde Tiefgraben

## Weitere Mitglieder des Aufsichtsrates:

Graspointner Robert, Ing. Rüdiger Frauenschuh, Ilse Schütz (Mondsee),  
Mag. Ulrich Humer (St.Lorenz), Christine Steger (Innerschwandt)



Das **Team der Gesunden Gemeinde Tiefgraben** hat sich entschlossen in den Jahren 2019 und 2020 am Präventionspaket des Landes Oberösterreich mit dem Schwerpunkt „herz.gesund.leben – Herz -Kreislaufkrankungen vorbeugen“ teilzunehmen. Innerhalb dieser zwei Jahre werden wir verschiedene Veranstaltungen und Aktivitäten planen und umsetzen wie z.B. medizinischer Vortrag zum Thema Herz-Kreislaufkrankungen, Kräuterwanderung, Blutdruckmessaktion anlässlich des Fahrradfestes, Kochkurs, Workshop zu Herzgesundheit, Wiederbelebungskurs...

Wir laden alle Interessierten herzlich ein an unseren Aktivitäten teilzunehmen, Ideen und Wünsche einzubringen und mitzugestalten.

Infos zu den Veranstaltungen gibt's auf der Homepage der Gesunden Gemeinde Mondseeland, im Veranstaltungskalender des Tourismusverbandes, in diversen Schaukästen...

Wir freuen uns auf unsere gemeinsamen Veranstaltungen – der Gesundheit von Herz und Gefäßen zuliebe – denn unsere Gesundheit liegt uns am Herzen!

Hildegard Rakar, Arbeitskreisleiterin  
0664/73 84 6889





Warum nicht Gerechtigkeit für alle Bauern?

## Gerechtigkeit ist eine Frage der Verteilung

### Die SPÖ Bauern fordern Gerechtigkeit für alle Bauern

Am 01.01.1995 ist Österreich der EU beigetreten. Damals versprach man den Bäuerinnen und Bauern einen angemessenen Ausgleich um den Verlust am freien Markt abzufangen. Inzwischen sind es rund 2,8 Milliarden Euro die jährlich an die österreichische Landwirtschaft verteilt werden.

Eine Menge Geld die ihre Wirkung oft verfehlt! Wenn wir einen kurzen Rückblick auf die Landwirtschaft der letzten Jahre in Österreich wagen, müssen wir mit Schrecken feststellen, dass der Strukturwandel in keiner anderen Branche so stark gewütet hat wie hier.

Seit dem EU-Beitritt hat jeder vierte Landwirt seinen Betrieb eingestellt. Und während immer mehr Familienbetriebe, Kleinstbetriebe und Nebenerwerbsbau-

ern verschwinden nimmt die Industrialisierung ständig zu.

Sieht man sich die Erzeugerpreise der letzten Jahre an, bemerkt man eine kontinuierliche Abwärtsspirale in allen Bereichen. Zwischenzeitliche Preisanstiege sind nur von kurzer Dauer.

**Die Milchquote war ein wichtiges Steuerungs- und Stabilisierungsinstrument für den Milchmarkt.**

LEOPOLD ENENGL, PERG



Wir stellen die Menschen im ländlichen Raum in den Mittelpunkt unserer politischen Überlegungen und fordern daher gemeinsam an einer Umstrukturierung der Landwirtschaft zu arbeiten.

Je mehr Familienbetriebe ihre Arbeit fortführen oder eventuell wieder aufnehmen, desto mehr Individualität und Vielfalt ist garantiert. Ein Gewinn für Landwirt und KonsumentInnen und das ist unser Ziel!

**Mehr Gerechtigkeit bedeutet nicht nur über Sorgen und Probleme der Bauern zu reden, sondern Handlungen zu setzen, die unserer kleinen Struktur auch angepasst sind. Dies müssen wir auf Landesebene, auf nationaler Ebene und natürlich auch in Brüssel zum Programm machen. Dazu reichen wir allen die Hand, die uns auf diesem Weg begleiten und unterstützen wollen.**



## Österreichischer EU-Ratsvorsitz

Österreich übernahm am 1. Juli 2018 für sechs Monate den Vorsitz im Rat der Europäischen Union (EU). Der EU-Ratsvorsitz stellte inhaltlich und organisatorisch eine besondere europäische Aufgabe dar, die zudem in eine Phase großer Herausforderungen und Umbrüche für die EU fiel.

Österreich ging die Aufgabe als Ratsvorsitz entschlossen und mit großem Engagement an. Viele wichtige Abschlüsse und Fortschritte wurden erreicht.

### Ein Europa, das schützt

Unter dem Motto „Ein Europa, das schützt“ stellte der österreichische Ratsvorsitz drei Themen in den Mittelpunkt: innere und äußere Sicherheit, Sicherung von Wohlstand und Wettbewerbsfähigkeit sowie Stabilität in der Nachbarschaft. Der österreichische Vorsitz trat dafür ein, die EU zu stärken, mehr Bürgernähe zu schaffen, Vertrauen wiederherzustellen und die Handlungsfähigkeit der Union zu verbessern.

### Sicherheit und Kampf gegen illegale Migration

#### Migration

Illegale Migration stellt eine der zentralen Herausforderungen für die gesamte EU dar.

Beim informellen Treffen der Staats- und Regierungschefs in Salzburg am 20. September und bei den Europäischen Räten im Oktober und Dezember konnte eine Trendwende in der europäischen Migrationspolitik bekräftigt werden. Nicht mehr die Verteilungsfrage steht im Vordergrund, sondern der Außengrenzschutz, Rückführungen und der Kampf gegen Schleuser.

### Eine neue Partnerschaft mit Afrika

Eine neue, breit angelegte Partnerschaft auf Augenhöhe zwischen Afrika und Europa zur gemeinsamen Bewältigung zukünftiger Herausforderungen und zur Nutzung vorhandenen Potenzials ist überfällig. Österreich veranstaltete daher am 18. Dezember ein hochrangiges Forum Afrika-Europa mit dem Titel „Taking cooperation to the digital age“ und unter Teilnahme zahlreicher Staats- und Regierungschefs sowie von fast 1.000 Unternehmerinnen und Unternehmern aus beiden Kontinenten.

### Sicherheit

Unter österreichischem Vorsitz konnten wichtige Fortschritte erzielt werden: EU-weite Regeln gegen die Verbreitung terroristischer Online-Inhalte und für die Sicherung elektronischer Beweismittel im Netz, die Stärkung des europäischen Netzes von Verbindungsbeamtinnen und -beamten für Einwanderungsfragen in Drittstaaten.

### Sicherung von Wohlstand und Wettbewerbsfähigkeit

#### Binnenmarkt

Wichtige Themen des Ratsvorsitzes waren Digitalisierung, Robotik und Künstliche Intelligenz. Rund 80 Prozent aller vorliegenden Vorschläge im Bereich des Digitalen Binnenmarktes konnten erfolgreich abgeschlossen werden.

### Schutz der Umwelt und des Klimas

Beim Umwelt- und Klimaschutz konnten bedeutende Weichenstellungen für die Zukunft vorgenommen werden: Unter österreichischem Ratsvorsitz wurde die CO<sub>2</sub>-Reduktion bei PKWs fixiert, Einweg-Plastik in Europa verboten und – erstmals auf EU-Ebene – auch für LKW und Busse eine Reduktion von CO<sub>2</sub>-Emissionen erreicht.

Mit einer ambitionierten EU-Position konnte der EU-Ratsvorsitz wesentlich zur Vereinbarung verbindlicher Klimaschutz-Regeln bei der Weltklimakonferenz in Katowitz (3. bis 14. Dezember) beitragen.

### Schutz der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer

Der Schutz von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern am Arbeitsplatz wurde durch die Festlegung von neuen Grenzwerten bei acht krebserregenden Stoffen entscheidend verbessert. Bei weiteren fünf krebserregenden Stoffen wurde der Weg zu niedrigeren Grenzwerten geebnet. Die Mitgliedstaaten einigten sich zudem auf die Schaffung einer neuen Europäischen Arbeitsagentur, welche sie bei der besseren Anwendung von arbeitsrechtlichen EU-Vorschriften unterstützen wird.

### Reform des Straßenverkehrssektors

Mit dem Durchbruch zum Mobilitätspaket, das monatelang verhandelt wurde, konnten fairere Vorschriften für LKW-Fahrerinnen und -Fahrer und Transportunternehmen sowie wirksamere Kontrollen durch nationale Behörden erreicht werden. Dies umfasst unter anderem den besseren sozialen Schutz für die EU-weit rund zwei Millionen Fernfahrerinnen und Fernfahrer durch Verbesserung ihrer Arbeits- und Ruhebedingungen.

## Stabilität in der Nachbarschaft und Heranführung des Westbalkans / Südosteuropas an die EU Westbalkan / Südosteuropa

Die Region ist eine traditionelle Priorität in der österreichischen Außen- und Europapolitik. Der Annäherungsprozess der Länder an die EU wird von Österreich mit Nachdruck unterstützt.

### Östliche Partnerschaft

Ein besonderer Fokus wurde auch auf den Ausbau der Östlichen Partnerschaft gelegt. Durch die Heranführung der Region an die Standards und Werte der EU soll eine stabile und wirtschaftlich erfolgreiche Nachbarschaft gefördert werden.

Neben dem Treffen der Außenministerinnen und -minister am 15. Oktober in Luxemburg fand zur Östlichen Partnerschaft unter anderem auch die Jahreskonferenz am 7. Dezember in Wien statt.

### Mehrjähriger Finanzrahmen 2021–2027

Durch die zielgerichtete und intensive Verhandlungsführung auf allen Ebenen wurden wesentliche Fortschritte erreicht. Dem Europäischen Rat am 13. und 14. Dezember konnte ein solider Fortschrittsbericht sowie eine vollständige Verhandlungsbox vorgelegt werden.

### Austritt des Vereinigten Königreichs aus der EU (Brexit)

Als Vorsitz im Rat Allgemeine Angelegenheiten (Art.50) leistete Österreich einen wichtigen Beitrag zur Sicherung der einheitlichen Position der EU-27 gegenüber dem Vereinigten Königreich und unterstützte EU-Chefverhandler Michel Barnier.

Der Austrittsvertrag sowie die Politische Erklärung zum zukünftigen Verhältnis wurden am 25. November von den Staats- und Regierungschefs angenommen. Zudem wurden wichtige begleitende Entscheidungen zum geordneten Austritt getroffen, unter anderem zur Umsiedlung der zwei EU-Agenturen EMA (Europäische Arzneimittelagentur) und EBA (Europäische Bankenaufsicht) von London nach Amsterdam und Paris.

### Subsidiarität und Bürgerkonsultationen

Mit der Konferenz „Subsidiarität als Bauprinzip der Europäischen Union“ in Bregenz am 15. und 16. November wurde das Thema wieder auf die europäische Agenda gesetzt. In Bregenz wurde eine Erklärung zur Stärkung und besseren Anwendung des Subsidiaritätsprinzips in der EU angenommen, die in die Zukunftsdebatte beim EU-Gipfel in Sibiu im Mai 2019 einfließen soll.

Die EU soll Antworten auf die großen Fragen geben und die kleinen Fragen den Mitgliedstaaten, Regionen und Gemeinden überlassen.

### Der Ratsvorsitz in Zahlen

#### Erfolge

128 Dossiers wurden erfolgreich verhandelt: Der österreichische Vorsitz hat 53 politische Einigungen mit dem Europäischen Parlament sowie 75 Einigungen im Rat erreicht.

Darüber hinaus wurden 56 Schlussfolgerungen und Empfehlungen angenommen, 52 Rechtsakte wurden von Rat und Parlament unterzeichnet, und der Rat traf insgesamt 509 weitere Entscheidungen.

#### Veranstaltungen

Insgesamt fanden 2.722 Treffen im Rahmen des österreichischen Ratsvorsitzes statt. Dabei handelt es sich um Tagungen in unterschiedlichen Gremien in Brüssel, Luxemburg und Straßburg (Gipfel, Räte, Vorbereitungsgremien des Rates, Treffen mit dem Europäischen Parlament) sowie politische Treffen und andere Tagungen in Österreich und in weiteren europäischen Ländern.

#### Wirtschaftsfaktor Ratsvorsitz

Der Ratsvorsitz hat nach vorläufigen Zahlen rund 135 Millionen Euro zum österreichischen Bruttoinlandsprodukt beigetragen. Dadurch wurden 2.305 Arbeitsplätze geschaffen bzw. gesichert.



FSG Landesvorsitzender Andreas Stangl (Links)

AK Präsident Johann Kaliauer (Rechts)

Bei der Verleihung der Richard-Bernaschek-Nadel an Maier Johann (Mitte)

### Die verfassungsrechtliche Absicherung des solidarischen gesetzlichen Pensionssystems nach dem Umlageverfahren.

Unser Pensionssystem ist keinesfalls in der Krise, wie aktuelle Berechnungen der EU-Kommission klar belegen. Die Staatsausgaben für alle gesetzlichen Pensionen in Österreich werden im Verhältnis zur Wirtschaftsleistung (BIP) ohne Änderungen bis zum Jahr 2070 nur minimal um 0,5 Prozentpunkte auf 14,3 Prozent des BIP steigen. Die Pensionen sind also langfristig sicher und finanzierbar. Beiträge für private Pensionen werden hingegen auf riskanten Finanzmärkten veranlagt und sind daher keineswegs sicher. Auf Grund von Krisen auf den Finanzmärkten drohen Beziehern/-innen von Betriebspensionen heuer zum wiederholten Mal saftige Bezugskürzungen um bis zu 16 Prozent! Die Verwaltungskosten der gesetzlichen Pensionsversicherung machen nur zwei Prozent ihres Budgets aus, die der privaten Versicherungen fast ein Drittel. Nur sieben von zehn eingezahlten Euro werden also tatsächlich veranlagt!

# Bericht von der Gemeinderatssitzung der Gemeinde Innerschwand am Mondsee am 4.12.2018

## 1. Nachtragsvoranschlag 2018

Im Nachtragsvoranschlag 2018 sind Ordentlichen Haushalt € 77.200,- weniger veranschlagt als im Voranschlag. Im Außerordentlichen Haushalt des Voranschlages 2018 waren € 308.500,- veranschlagt, im Nachtragsvoranschlag sind € 298.100,- einnahmen- und ausgabenseitig ausgewiesen.

Die Auflösung der Betriebsmittel in Höhe von € 102.000,- wird nicht notwendig sein, lediglich eine Auflösung der allgemeinen Rücklagen in Höhe von € 29.200,- ist für den Haushaltsausgleich vorgesehen.

## 2. Voranschlag 2019 inkl. MFP 2019 – 2023 samt Prioritätenreihung;

Der Voranschlag 2019 weist im Ordentlichen Haushalt ein Gesamtbudget in Höhe von € 2.650.500,- und im Außerordentlichen Haushalt ein Budget in Höhe von € 637.700,- auf.

Zur Finanzierung des Ordentlichen und Außerordentlichen Haushalts wird eine Rücklagenauflösung in Höhe von € 89.000,- nötig sein.

Die Kanalanschluss- und die Wasseranschlussgebühren wurden an die vom Land Oberösterreich vorgegebene Mindestgebühr angepasst. Im Zuge des Voranschlags ist der Gemeindegzuschlag zur Freizeitwohnungspauschale zu beschließen. Diese soll ab dem Jahr 2019 eingeführt werden und beträgt für Wohnungen unter 50 m<sup>2</sup> sowie Dauercamper je Jahr € 108,- und für Wohnungen über 50 m<sup>2</sup> € 216,- je Jahr.

### Erweiterung PV Anlage VS:

Die Photovoltaikanlage auf der VS Loibichl soll erweitert werden. Hierfür sind Ausgaben in Höhe von € 5.000,- vorgesehen.

### Radweg Oberwang:

Das Land Oberösterreich plant den Bau eines Radwegs zwischen Innerschwand und Oberwang. Die Gemeinde Innerschwand hat für das Jahr 2019 die Kostenbeteiligung an den Planungsarbeiten in Höhe von € 10.000,- ins Budget aufgenommen und wird diesen Betrag aus dem Ordentlichen Haushalt finanzieren.

### Schaffung gemeinsamer Bauhof:

Für diverse Kosten bei der Schaffung eines gemeinsamen Bauhofs sind € 10.000,- vorgesehen.

### Erneuerung Buswartehaus:

Für die Erneuerung eines Buswartehauses sind Ausgaben in Höhe von € 5.000,- veranschlagt.

## 3. LMS Mondsee, Abgangsdeckung 2017; Beschlussfassung

Die Marktgemeinde Mondsee hat der Gemeinde Innerschwand am Mondsee die Abrechnung für das Jahr 2017 für die Landesmusikschule Mond-

### Christiana Brandmeier beendet ihre lange Laufbahn in der Gemeindepolitik.

Nach langer, aktiver, politischer Tätigkeit in der Gemeinde beendet Christiana Brandmeier ihre Politiklaufbahn.

Christiana Brandmeier war seit 30.10.2003 Gemeinderat der Gemeinde Tiefgraben. Viele Jahre davon als Gemeindevorstand, Vorsitzende der SPÖ Fraktion, Obfrau im Prüfungsausschuss (2003-2009), Vorsitzende der „Gesunden Gemeinde“ und Mitglied in etlichen Ausschüssen.

Nebenbei war sie auch als Obfrau der Kinderfreunde Mondseeland und in anderen ehrenamtlichen Organisationen tätig.

Der Einsatz für das Gemeinwohl ist keine leichte Aufgabe. Es braucht viel Leidenschaft, Kraft und Durchhaltevermögen. Vor allem aber ist es immer wieder wichtig, Motivation und Freude zu finden um den täglichen Aufgaben in der Politik zu begegnen. Christiana lebte es über Jahrzehnte **Leidenschaft, Kraft, Durchhaltevermögen, Motivation und Freude** im Sinne des Gemeinwohls einzubringen.

Als Mandatar aller SPÖ Fraktionen des Mondseelandes bedanken wir uns für Christianas Einsatz und Engagement und wünschen ihr für ihren weiteren Lebensweg viel Gesundheit, Glück und Erfolg.





see übermittelt. 24 Schülerinnen und Schüler aus Innerschwand wurden im abgelaufenen Jahr in der LMS Mondsee unterrichtet, der Abgang je Schüler beträgt € 135,47 (zum Vergleich: 2016 € 133,56). Der Kostenbeitrag für den Abgang 2017 beträgt somit für die Gemeinde Innerschwand € 3.251,28, sofern der volle Betrag geleistet wird.

Laut Durchführungserlass des Landes hat die Gemeinde je Schüler zumindest € 70,- an Abgang zu übernehmen. In den vergangenen Jahren hat die Gemeinde Innerschwand € 100 je Schüler an Abgang übernommen.

Der Gemeinderat beschließt den Kostenbeitrag für den Abgang der Landesmusikschule Mondsee 2017 in der Höhe von Euro 100 je Schüler(in), gesamt € 2.400 zu übernehmen.

## 5. BLS-Modell der Gemeinde, Beschlussfassung

Das derzeit bestehende Baulandsicherungsmodell (BLS) der Gemeinde Innerschwand entspricht nicht mehr in vollem Umfang den aktuellen Anforderungen und es ist deshalb eine entsprechende Adaptierung vorzunehmen. Im neuen BLS-Modell wurden lediglich Klarstellungen und Anpassungen an die aktuellen gesetzlichen Bestimmungen vorgenommen. Die Umsetzung des neuen BLS erfolgt in einem zweistufigen Verfahren: Im ersten Schritt hat ein Widmungswerber bei einem entsprechenden Ansuchen aus freien Stücken eine Erklärung abzugeben; in einem zweiten Schritt ist vor einer allfälligen Beschlussfassung zur Umwidmung mit dem potentiellen Widmungswerber eine individuelle vertragliche Regelung zu treffen, die die Umsetzung des BLS-Modells im Sinne der Gemeinde Innerschwand sicherstellt.

## 6. Hundeabgabe; Erlassung einer Verordnung

Die Abgabe für Hunde wird vom Gemeinderat beschlossen und beträgt momentan € 50,-. Das Höchstausmaß der Abgabe für Wachhunde und Hunde, die zur Ausübung eines Berufs oder Erwerbs notwendig sind, darf höchstens € 20,- betragen

## 7. Erlassung einer Verordnung 30-km/h-Geschwindigkeitsbeschränkung Kirche Ahornweg und Erlassung einer Verordnung 30-km/h-Zone Ahornweg

### Bericht vom Rechnungsabschluss der Gemeinde Innerschwand:

Der Rechnungsabschluss weist für das Jahr 2018 einen Überschuss in Höhe von € 7.838,79 auf. Dieser ergibt sich aus Einnahmen in Höhe von € 2.422.914,26 und Ausgaben in Höhe von € 2.415.075,47. Der ordentliche Haushalt wurde mit einem Abgang von € 2.317,00 abgeschlossen. Es wurden Einnahmen in Höhe von € 370.669,98 und Ausgaben in Höhe von € 372.986,98 verbucht. Die Rücklagen konnten um € 186.858 auf € 1.060.982,61 erhöht werden. Die Schulden (Kanalbaudarlehen) wurden zur Gänze zurückgezahlt. GR Mayr Christian

### Abschied von Heinz Kügler



Leider mussten wir uns im vergangenen Jahr von einem wunderbaren Menschen verabschieden, welcher am 18.07.2018 von uns gegangen ist.

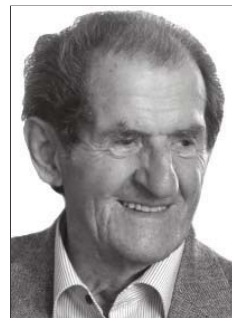
Heinz war aktives Mitglied der SPÖ Fraktion Tiefgraben, Mitglied des Straßenausschusses

und stellvertretender Gemeinderat. Er lebte die Fähigkeit den Menschen zuhören zu können. Seine Empathie, sein Mitgefühl waren uns immer ein wichtiger Pfeiler in zwischenmenschlichen Gesprächen und Beziehungen.

Heinz war ein Mann der die Tugend Verlässlichkeit perfekt gelebt hat. Ein Mensch mit Handschlagqualität und dem Mut etwas zu hinterfragen. Wir danken Heinz für sein großes soziales Engagement im Sinne des Gemeinwohles, und besonders für seinen Einsatz im Sozialmarkt, der ihm immer ein großes Anliegen war.

Heinz hatte viel Herz für seine Mitmenschen. In unseren Herzen wird er weiterleben.

Auch mussten wir uns von unserem jahrzehntelangen (über 50 Jahre) Parteimitglied Sozialrat **Johann Ziegler** verabschieden, welcher am 25.10. 2018 verstorben ist. Er war langjähriger Fraktionsobmann der SPÖ Tiefgraben, Mitglied des Gemeindevorstandes und Gemeinderat. Wir werden Ihnen ein immerwährendes Andenken bewahren. In Freundschaft  
Die SPÖ Mondseeland



# Was bedeutet der Klimawandel für die Zukunft im Mondseeland?

Der Klimawandel wirkt sich nicht unerheblich auf das Mondseeland aus! So nicht nur der lustige Fachsingsbeitrag des LBVK („Biene Maya und der Klimawandel im Mondseeland“) beim heurigen Bunten Abend. Auch die Politik im Mondseeland beschäftigte sich mit diesem Thema. Stefanie Mayrhauser (KEM) hat in diesem Zusammenhang alle Bürgermeister und Obmänner der Umweltausschüsse zu einem Workshop über die zukünftigen Auswirkungen des Klimawandels in unserer Region eingeladen. Die Erkenntnisse der teilnehmenden Gemeindevertreter waren jedoch sehr ernüchtern, und ernsterer Natur.

Zu Beginn gab es eine Präsentation von Norbert Rainer und Norbert Ellinger über empirischer Daten und wahrscheinlichen Szenarien um den Klimawandel in Österreich.



## Um nur einige Veränderungen zu nennen:

### Klimaszenarien für OÖ



- Anstieg der mittleren **Jahrestemperaturen** von **7,9°C** auf rund **9°** bis 2050, bis 2100 auf **10° – 12°**
- Anstieg der **Hitzetage** von durchschnittlich **3,3 pro Jahr** auf ca. **8 pro Jahr** bis 2050, bis 2100 auf **12 bis 23**
- Rückgang der **Eistage** von rund **36 Tagen** pro Jahr auf **max. 25** bis 2050, bis 2100 auf **18 bis 7**

## Beeindruckend auch die Veränderung des einst so mächtigen Pasterzen Gletschers, Großglockner



Die Auswirkung des Klimawandels wird in unseren Gemeinden in vielen Bereichen spürbar sein.

Wasserversorgung, Katastrophenschutz, Land u. Forstwirtschaft, Naturschutz, Tier und Pflanzenwelt, Energieversorgung, Tourismus, Verkehr, Bauen/Wohnen, Gesundheit.

Grundsätzlich gibt es 2 Antworten auf den Klimawandel.

Hier gilt es Maßnahmen zu setzen die die Ursachen des Klimawandels bekämpfen und andererseits Maßnahmen zu finden, die unvermeidbare Folgen des Klimawandels bewältigen.

Verstärkter Ausbau der erneuerbaren Energie wie Solarenergie, Wasserkraft, Windkraft, Bioenergie, Geothermie. Auch die Nutzung zur Energiegewinnung aus unseren Gewässern sollte in Betracht gezogen und geprüft werden. Schon jetzt ist ein nicht unerheblicher Temperaturanstieg unserer Seen auf Grund des Klimawandels zu erkennen.

Fischer und Limnologen weisen bereits auf eine Verschiebung der Schichtungszyklen des Wassers im See hin. Eine Verschlechterung des Wasseraustausches und somit der Qualität des Wassers kann zu biologischen Kippeffekten führen. Fischarten und Pflanzen wären dadurch vom Aussterben bedroht und „gefährliches Veralgeln“ würde gefördert.

### Veränderungen in der Mobilität:

Derzeit benötigen wir alleine für den Betrieb privater PKWs der Mondseelandgemeinden

(inkl. Zell am Moos und Oberhofen) einen Energiebedarf von zirka 55 Millionen Kilowattstunden. Das entspricht dem Verbrauch von mehr als 5 Mio. Liter Benzin oder Diesel pro Jahr

Bei einer 100%igen Umstellung auf E- Mobilität dieser PKWs würde man auf Grund der besseren Energieeffizienz mit einem Energiebedarf von ca. 13 Millionen Kilowattstunden auskommen. Eine kurzfristige Umstellung ist in der Realität natürlich nicht möglich. Dennoch wird sich die Anzahl der „Stromer“ Jahr für Jahr erhöhen. Dies erfordert jedoch, dass auch das Netz der Ladestationen stetig ausgebaut werden muss. Entsprechend muss auch die Erzeugung erneuerbarer Energie erhöht werden.

Ein großer Auftrag an die Gemeinden ist es, mit der Raumordnung achtsam umzugehen. Im Zuge der Oberflächenversiegelung, speziell in dichter besiedelten Bereichen (Siedlungen) sind auch die entsprechenden Retentionsflächen einzuplanen.

Eine Verbesserung des Angebotes an die Bürger im Bereich des öffentlichen Verkehrs ist unbedingt erforderlich. Derzeit steigt das Verkehrsaufkommen enorm. Nur nachhaltige gemeindeübergreifende Verkehrskonzepte mit aktiver Einbindung des öffentlichen Verkehrs wird eine Entlastung des Verkehrs und der Umwelt mit sich bringen.

Auch für den Katastropheneinsatz müssen wir jederzeit gerüstet sein. Einerseits gibt es im Sommer lange Trockenphasen, was zur Austrocknung und Verdichtung der Böden führt. Andererseits aber Starkregen und Überflutungen, die zu Vermurungen und Verklausungen führen können. Es ist also auch mit erhöhten Kosten für Extremwetterereignissen zu rechnen.

Besonders für unsere Feuerwehren, werden in Zukunft solche Ereignisse eine große Herausforderung mit sich bringen. Auch dafür heißt es gewappnet zu sein.



### **SPÖ MONDSEELAND ist für Ergebnisoffene Diskussion zur Untersuchung über Vor und Nachteile einer möglichen Fusion der Vier Mondseelandgemeinden.**

Es liege in der Verantwortung der Politiker, Prozesse über eine ergebnisoffene Diskussion einzuleiten um über Chancen und Möglichkeiten diskutieren zu können. Die Bevölkerung, Wirtschaft und Vereine sollten aber auf alle Fälle daran teilhaben können.

Die SPÖ Tiefgraben hat dazu bereits in der Gemeinderatssitzung vom 15.12.2016 einen entsprechenden Antrag eingebracht. (siehe GR Protokoll 15.12.2016) Mit einem **Gegenantrag: („der Gemeinderat möge die Einleitung zielgerichteter Maßnahmen zur Mondsee-kommunalen Zusammenarbeit sowie zur schnellstmöglichen Umsetzung einer Vierer-Verwaltungsgemeinschaft beschließen,“)** eingebracht von Bgm. Johann Dittelbacher, wurde damals unser Antrag kurzer Hand mit den Stimmen der ÖVP und FPÖ abgeschmettert.

Darüber, wie nun die „Einleitung zielgerichteter Maßnahmen zur Mondsee-kommunalen Zusammenarbeit, sowie zur schnellstmöglichen Umsetzung einer Vierer-Verwaltungsgemeinschaft“ in der Praxis aussieht, lässt sich natürlich einiges munkeln.

Wir haben nun bereits das Jahr 2019, aber von zielgerichteten Maßnahmen, Zusammenarbeit und schnellstmöglicher Umsetzung habe ich bisher sehr wenig bemerkt. Mag sein, dass manche ÖVP Genossen interne Diskussionen darüber geführt haben. Jedoch überfraktionelle Gespräche oder Maßnahmen konnte ich nicht feststellen.

Anders in der Gemeinde Mondsee. Dort wurde dem Antrag über eine ergebnisoffene Diskussion schon damals einstimmig die Zustimmung erteilt. Was mich allerdings fraglich stimmt ist: **„WARUM HAT MAN MIT DEM ÖFFENTLICHEM PROZESS NOCH IMMER NICHT BEGONNEN?“** Auf Nachfragen der SPÖ Fraktionen hat man darauf verwiesen, dass die Landgemeinden diesbezüglich eine Bereitstellung von Kennzahlen und Daten verweigern. Wir sind der Meinung, dass eine derartige destruktive Zusammenarbeit weder einer Zusammenlegung noch einer „schnellstmöglichen Umsetzung einer Vierer-Gemeinschaft“ dient. Wir appellieren deshalb an alle Bürgermeister und den dominierenden ÖVP Fraktionen der Gemeinden, endlich die notwendigen Kennzahlen und Daten bereit zu stellen.

Die SPÖ Mondseeland wird sich auf alle Fälle an den öffentlichen Veranstaltungen (auch wenn sie nur von der Gemeinde Mondsee durchgeführt werden) beteiligen. Wir wünschen uns dazu eine rege Teilnahme der Bevölkerung. Wichtig ist uns aber vor allem eine professionelle, sachlich korrekte Begleitung des Ablaufes. Befürchtungen und Ängste der Bevölkerung müssen angesprochen und konstruktiv aufgearbeitet werden. Emotionen und Verschwörungstheorien müssen von der Prozessbegleitung verhindert bzw. ausgegrenzt werden.

Wir wissen aus unserer letzten Befragung, dass der überwiegende Teil (73 Prozent) der Bevölkerung eine Zusammenlegung begrüßt. Dennoch müssen alle Details vor einer letztendlichen Entscheidung noch überprüft werden. Dies wird ohnehin einen längeren Zeitraum in Anspruch nehmen.

Wichtig ist, dass endlich mit der Arbeit begonnen wird.



Liste 1  
Dr. Johann Kalliauer  
Sozialdemokratische  
GewerkschafterInnen

„WEIL SIE  
DIE ARBEIT  
MACHEN!“

jetzt wählen



2019

OBERÖSTERREICH 19.3. BIS 1.4.